

Löhne sind keine Inflationstreiber!

In neoliberalen Kreisen ist immer noch die Rede von der Lohn-Preis-Spirale. Dabei ist selbst Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger davon überzeugt, dass die Gründe für die Inflation auf Angebotsseite zu finden sind. Trotzdem hält diese falsche Erklärung für die Preissteigerungen sich in der öffentlichen Diskussion hartnäckig und soll am Ende dazu dienen, Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften in den anstehenden Tarifrunden zur Bescheidenheit und Rücksichtnahme aufzurufen.

Derweilen ist es ein breiter Konsens in der Wissenschaft, dass es keine Anzeichen für eine überhitzte Lohndynamik in Deutschland gibt. Denn: Die Preise steigen stärker als die Löhne. Zwar haben Arbeitnehmer*innen so mehr in der Tasche, können sich davon aber weniger kaufen als noch vor einigen Monaten: Die Reallöhne in Deutschland fallen. Im letzten Jahr fielen sie bereits um 1,5 Prozent, für dieses Jahr ist eine ähnliche Entwicklung zu erwarten, fand eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung heraus.

Nach Prof. Dr. Rudolf Hickel wäre der Begriff Preis-Lohn-Spirale oder auch Preis-Preis-Spirale treffender. Letzteres erklärt den Zusammenhang zwischen Lieferketten und erhöhten Preisen für die Einfuhr von Gütern. Diese steigen seit Monaten, gerade die Energiepreise. So schaukeln sich die Konsumpreise hoch. Verstärkt wird dieser Effekt durch Kartelle und Monopole, die Preisabsprachen treffen. Gerade bei Energiekonzernen gibt es einige Evidenz, dass diese vorkommen. Damit Firmen profitabel bleiben können, muss nicht an den Löhnen gespart werden. Eine weitere Möglichkeit wäre, „Gewinnzurückhaltung“ zu üben, wie Wissenschaftler der Hans-Böckler-Stiftung betonen.

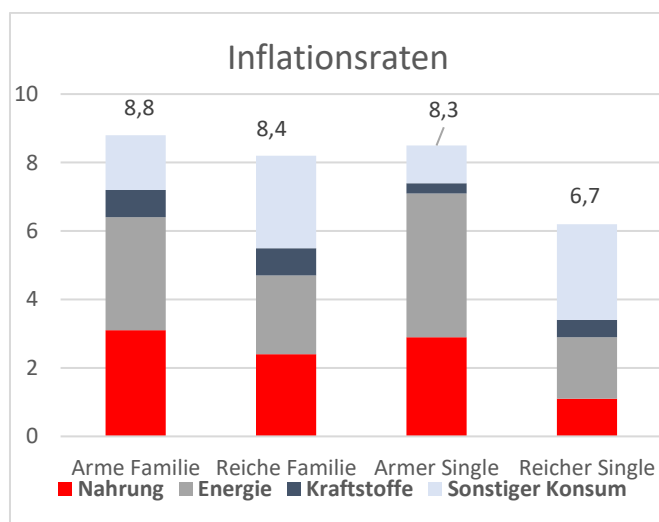
Derzeit ist nicht davon auszugehen, dass die Inflation in den nächsten Monaten sinken wird. Das Ziel muss jetzt sein, die Folgen für Menschen abzuschwächen, die besonders hart von der Preisentwicklung

getroffen sind. In der Graphik wird deutlich, dass im letzten Monat vor allem (arme) Familien mit einem monatlichen Einkommen zwischen 2000-2600 Euro betroffen waren. Dort spielen vor allem die gestiegenen Nahrungs- und Energiepreise eine Rolle, die in dieser Einkommensklasse einen besonders hohen Teil an den Gesamtausgaben ausmachen.

Als DGB fordern wir daher die Entlastung besonders dieser Einkommensgruppen. Der Grundbedarf an Energie muss für alle Menschen bezahlbar bleiben.

Wer darüber hinaus mehr Gas, Strom oder Öl verbraucht, muss auch zur Kasse gebeten werden: Der Energiepreisdeckel wäre eine solche Lösung, der sozial- und klimaverträglich für Entlastungen privater Haushalte beiträgt. Zusätzlich muss das Lohnniveau perspektivisch dauerhaft steigen, um die Real-löhne zu stabilisieren. Die Details müssen die Tarifvertragsparteien aushandeln.

Das aktuelle Entlastungspaket ist ein Schritt in die richtige Richtung. Es muss jetzt schnell umgesetzt und erweitert werden, nicht zuletzt, um die Situation für die kommenden Wintermonate auch sozial zu stabilisieren.



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK (2022).